



Niederschrift

32. Sitzung Hauptausschuss
3. Juli 2018, 16:30 Uhr
öffentlich
Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

5.

Punkt 2.3 der Tagesordnung: Durchführung eines Sicherheitsaudits in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der Universität Heidelberg

Vorlage: 2018/0380

Punkt 2.4 der Tagesordnung: Sicherheitskonzepte der Stadt Karlsruhe mit Bürgerbeteiligung

Antrag: CDU

Vorlage: 2017/0030

Punkt 2.4.1 der Tagesordnung: Erarbeitung quartiersbezogener Sicherheitskonzepte

Anfrage: FW, StR Schmitt (pl)

Vorlage 2018/0299

Beschluss:

Punkt 2.3: Der Hauptausschuss nimmt den Vortrag von Herrn Professor Dr. Hermann zur Kenntnis.

Punkt 2.4: Antrag mit Stellungnahme erledigt

Punkt 2.4.1: Anfrage mit Stellungnahme erledigt

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 2.3, 2.4 und 2.4.1 gemeinsam zur Behandlung auf.

Bürgermeister Dr. Käuflein fokussiert den Gedanken, dass es eine Differenz zwischen der objektiven Sicherheitslage und dem subjektiven Sicherheitsempfinden gebe. Wolle man das Thema Sicherheit voranbringen, müssen seines Erachtens beide Aspekte betrachtet und auch verbessert werden. Hinsichtlich einer Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens sei es von Vorteil, wenn eine Erhebung auf einer empirischen Basis geschehe und nicht durch Mutmaßungen gespeist werde.

Die jetzt gestartete Sicherheitsumfrage solle in Zusammenarbeit mit der Universität Heidelberg ausgewertet werden. Er freue sich, dass die Verwaltung dafür Prof. Dr. Hermann von der Universität in Heidelberg gewinnen konnte. Herr Prof. Dr. Hermann werde in das Thema einführen. Hiermit entspreche die Verwaltung auch dem Antrag der CDU und beantworte gleichzeitig die Anfrage der Stadträte Schmitt und Wenzel.

Prof. Dr. Hermann (Universität Heidelberg) erläutert anhand eines persönlichen Vortrages ein Konzept für ein Sicherheitsaudit in Karlsruhe.

Stadtrat Döring (CDU) bemerkt, was lange währt, werde endlich gut. Der zugehörige Antrag der CDU-Fraktion stamme aus dem Monat März des vergangenen Jahres und das Warten habe sich gelohnt. Für seine Fraktion war von Bedeutung, dass man ursachenorientiert an den Dissens zwischen objektiver Sicherheitslage und dem subjektiven Sicherheitsempfinden herangehe und Ursachenforschung betreibe. Objektiv liege eine gute Entwicklung vor und dahinter stecke eine gute Polizeiarbeit. Er finde es gut, dass man auf wissenschaftlicher Basis an das Thema herangehe und weiter fortentwickeln wolle.

Stadtrat Marvi (SPD) fährt fort, es habe sich ebenfalls gelohnt, beim letzten Doppelhaushalt mit der Aufstockung der KOD-Mitarbeiterzahl zu warten, da bisher einfach zu wenig über Ursachen und Motive des Dissenses bekannt sei. Es werde eine verlässliche Grundlage für künftige strukturelle Anpassungen benötigt.

Bezüglich der Auswahl der Pilotierungsstadtteile sei seine Fraktion verunsichert. Möglicherweise habe das schlimme Ereignis aus dem Jahr 2013 einen gewissen Fußabdruck in Weiherfeld-Dammerstock hinterlassen, jedoch sei der Stadtteil nicht gerade berüchtigt für eine Erosion des Sozialkapitals. Deshalb stelle er die Frage, ob nicht ein anderer Stadtteil besser geeignet sei. Ebenso interessiere ihn, ob Erkenntnisse oder Ansätze aus der Beleuchtungsfahrt entsprechend bei dieser Pilotierung Berücksichtigung finden können.

Stadtrat Konrad (GRÜNE) befasst sich mit der Aussage von Prof. Dr. Hermann, dass durch eine Erhöhung des Sicherheitsempfindens die Kriminalität gesenkt werden könne. Die Vorstellung sei natürlich nett, weil positive Effekte in der Bevölkerung erzielt werden. Für ihn und seine Fraktion sei jedoch wichtig, dass das Sicherheitsaudit berücksichtige, wo eine Senkung der Kriminalität schnell erreicht und gleichzeitig das Sicherheitsgefühl verbessert werden könne. Er denke, darauf solle in Zukunft der Fokus liegen.

Zudem finde er eine gute Kommunikation wichtig, um die Öffentlichkeit darüber unterrichten zu können, dass die Gesamtkriminalität rückläufig sei. Ihm schwebte die Nutzung sozialer Medien durch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor, wie z. B. durch Stadträtinnen und Stadträte, um so auch zu einem besseren Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung beitragen zu können.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) fügt an, im Vortrag sei die monetäre Seite von kommunaler Kriminalitätsprävention beleuchtet worden. Ihn interessiere, welche Präventionsangebote es überhaupt gebe und welche Kosten entstehen.

Stadtrat Wenzel (FW) bezieht sich auf die Aussage von Stadtrat Marvi und gibt zu erwägen, dass man durch eine Aufstockung der KOD-Mitarbeiterzahl eventuell noch bessere Zahlen hätte erzielen können.

Er vertrete ebenso die Meinung, nicht Beiträge in den sozialen Medien zeigen Wirkung sondern Präsenz. Er beschreibt beispielhaft, dass die Polizei in Heidelberg und auch in Mannheim durch Container am Bismarckplatz oder auf dem Paradeplatz sehr präsent sei.

Bezugnehmend auf die gezeigten Statistiken gibt er an, die verwendeten Zahlen basieren auf Jahren vor 2015. Das Jahr 2015 sei jedoch ein Jahr, welches viel verändert habe. Daher interessiere ihn, ob mit der empfohlenen Vorgehensweise heute noch die gleiche Wirkung erzielt bzw. die gewünschten Bevölkerungsgruppen erreicht werden können.

Stadtrat Wohlfeil (KULT) wundert sich über die hohen Kosten des Sicherheitsaudits in Heidelberg und bittet um Aufschluss.

Stadtrat Schmitt (pl) begrüßt, dass mit wissenschaftlichen Methoden das Sicherheitsempfinden der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger analysiert werde. Im vorausgegangen Vortrag sei jedoch auch deutlich geworden, dass eine Analyse alleine keine Änderung bewirke, sondern die Maßnahmen, die abgeleitet werden, umgesetzt werden müssen. Insofern hoffe er, dass das Audit nicht weiter ein Spiel auf Zeit sei. Auch er hebt hervor, dass nicht zuerst die Stadtteile Südstadt und Weiherfeld-Dammerstock untersucht werden sollen sondern die Innenstadt-West und Ost.

Abschließend erkundigt er sich noch nach dem Unterschied zwischen dem anvisierten Gutachten durch Prof. Dr. Hermann und der bisherigen Analyseverfahren durch die Verwaltung der Stadt Karlsruhe.

Prof. Dr. Hermann (Universität Heidelberg) antwortet, der Unterschied liege darin, die Stadt Karlsruhe werde in der Regel deskriptiv aus, das bedeute man beschreibe Veränderungen und Zustände. Seine Auswertung habe das Ziel, Ursachen von Kriminalitätsfurcht zu identifizieren. Damit habe die Auswertung einen anderen Stellenwert und eine andere Zielsetzung.

Zur Frage von Stadtrat Dr. Schmidt erwidert er, dass vor ca. 15 Jahren die befragten Personen in Migranten ein großes Problem gesehen haben und eine hohe Kriminalitätsfurcht vorgelegen habe. Dies habe etwas mit Stereotypenvorstellung zu tun. Hier habe man gezielt durch integrative Maßnahmen, z. B. durch das Zusammenbringen von verschiedenen Bevölkerungsgruppen, entgegenwirken können.

Hinsichtlich der Erreichbarkeit von Bevölkerungsgruppen macht er klar, die Erreichbarkeit habe sich in den vergangenen Jahren durch die gesellschaftliche Situation geändert. Analysen haben bisher jedoch gezeigt, dass die Personen, die eine hohe Kriminalitätsfurcht haben, in der Regel in der bürgerlichen Mitte angesiedelt seien. Diese Bevölkerungsgruppe sei nach wie vor gut zu erreichen.

Bezugnehmend auf die Kosten von Sicherheitsaudits stimmt er zu, dass die Zahl von Heidelberg erschreckend hoch klinge. Er gibt jedoch zu beachten, dass alle Personalkosten eingerechnet seien. Alleine die Heidelberger Polizei habe drei Vollzeitstellen für kriminalpräventive Maßnahmen geschaffen und dabei handle es sich um beträchtliche Summen.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE) zeigt sich erstaunt über die Höhe der Kriminalitätszahlen in Heidelberg und Mannheim, obwohl dort bereits Präventionsarbeit geleistet werde. Daher stelle sich ihr die Frage, wie diese Tatsachen in Einklang miteinander zu bringen seien.

Sie spricht weiter zur Korrelation und gibt an, diese sage nur, dass ein Zusammenhang bestehe, aber nicht in welcher Höhe. Sie erbittet konkrete Zahlen, sodass man sich ungefähr ein Ergebnis für Karlsruhe vorstellen könne.

Der Vorsitzende verweist auf die noch offene Frage zur Auswahl der Pilotstadtteile und bittet um Beantwortung.

Prof. Dr. Hermann (Universität Heidelberg) gibt zu verstehen, das Sicherheitsaudit lege keine Stadtteile fest. Es sei jedoch sinnvoll, Präventionsmaßnahmen auf bestimmte Stadtteile zu konzentrieren, in denen die Kriminalitätsfurcht besonders hoch sei. Wenn aus politischen Gründen andere als die vorgeschlagenen Stadtteile gewählt werden, sei die Entscheidung für das Audit kein Problem.

Zu Frage von Stadträtin Dr. Leidig teilt er mit, die Entwicklung in Heidelberg wäre ohne dieses Sicherheitsaudit noch schlechter gewesen. Nach einer Abschätzung dieser Kosten-Nutzen-Analyse habe die Einführung des Sicherheitsaudits in Heidelberg zu einer Reduzierung der Gewaltkriminalität um 20 Fälle pro Jahr geführt. Bei Straßenkriminalität liegen die Zahlen noch höher. Wichtig sei der Gewinn auf der subjektiven Seite, denn die Kriminalitätsfurcht habe sich deutlich reduziert.

Der Vorsitzende trägt nach, bei den durchgeführten Audits seien im Besonderen Gewalt- und Straßenkriminalität in den Fokus genommen worden. Wenn man die Gesamtkriminalitätszahlen betrachte, habe man auch die Verstöße gegen Ausländerrecht und Asyl. Diese Fälle seien in Heidelberg in den letzten Jahren natürlich ziemlich angestiegen, nachdem das große Aufnahmelage geschaffen worden sei. Von daher könne man die steigende Kriminalitätszahl in Heidelberg auf steigende Kriminalitätszahlen in den genannten Bereichen zurückführen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR KARLSRUHE) bittet darum, weitere konkrete Maßnahmen aufzuführen. Bisher sei nur das Beispiel einer Zusammenführung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen genannt worden, eine Maßnahme, die jedoch nicht gut zu fassen sei.

Stadtrat Wenzel (FW) richtet die Frage an Prof. Dr. Hermann, ob die Innenstadt und Innenstadt-West als Pilotstadtteile geeignet seien, da dort die Kriminalität besonders hoch sei.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) will wissen, wie die Statistik aussehen würde, wenn man sie nicht auf die Anzahl von Präventionsangeboten sondern auf das Geld, was dafür ausgegeben werde, beziehen würde.

Prof. Dr. Hermann (Universität Heidelberg) macht klar, er könne die letzte Frage nicht beantworten. Die Analyse sei von einem Doktoranden erstellt worden, der Zeitraum und Maßnahmen erhoben habe. Eine Erhebung der Kosten sei nicht erfolgt.

Er nimmt die Nachfrage von Stadtrat Wenzel zum Anlass und teilt mit, als Pilot seien Stadtteile ideal, die eine hohe Kriminalitätsfurcht, aber nicht unbedingt eine hohe Kriminalitätsbelastung aufweisen.

Als weitere konkrete Präventionsmaßnahmen führt er beispielhaft interkulturelle Stadtteilstunden, Schulsozialarbeit und die Einführung eines Frauentaxis auf. Es gebe aber auch noch eine ganze Reihe von weiteren Maßnahmen.

Stadtrat Honné (GRÜNE) fügt an, es sei nicht entscheidend, wie viele Maßnahmen ergriffen werden, sondern das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Das sei die entscheidende Frage, die nicht beantwortet werden könne.

Er habe teilweise das Gefühl, es werde mit weißer Salbe gearbeitet, daher überzeuge ihn das Konzept überhaupt nicht.

Auch verstehe er nicht, warum Weiherfeld-Dammerstock als Pilotstadtteil ausgesucht werde, wo es vor Jahren lediglich einen Vorfall gegeben habe. Das passe für ihn nicht, auch wenn die Leute in diesem Stadtteil Furcht haben, sei diese offensichtlich nicht faktenbasiert.

Stadtrat Schmitt (pl) unterbreitet den Vorschlag, dass man zuerst die Ergebnisse der Untersuchung abwarte und dann entscheide, welche Stadtteile man auswähle. Aktuell wisse man überhaupt nicht, wie sich das subjektive Sicherheitsempfinden in den einzelnen Stadtteilen entwickelt habe.

Stadtrat Döring (CDU) greift die Aussage von Stadtrat Honné auf und erklärt, die Furcht sei nicht faktenbasiert und darin liege das Problem. Er solle in der heutigen Diskussion jedoch von der Maßnahmenauswahl und einer Kostenprognose wegkommen werden.

Es gehe in einem ersten Schritt darum, mit dem vorgeschlagenen Audit eine Grundlage zu schaffen und zu erfahren, warum die Menschen eine Furcht haben und an welchen Stellen schrauben gedreht werden müsse. Natürlich gebe es in der Kriminalprävention zahlreiche Maßnahmen, aber die können alle falsch sein, wenn man die falsche Ursache zu Grunde lege. Um diese Ursachen herauszuarbeiten, sei das Audit das richtige Instrument.

Stadtrat Wohlfeil (KULT) befasst sich mit der aktuell laufenden Umfrage zum Sicherheitsempfinden und möchte wissen, ob die Umfrage schon entsprechend angepasst worden sei.

Herr Dr. Weiße (Ordnungs- und Bürgeramt) bejaht die Frage von Stadtrat Wohlfeil. Herr Prof. Dr. Hermann sei in die Erarbeitung aller Fragen bereits mit eingebunden gewesen. Es seien hierfür Kosten in Höhe von ca. 2.500 € entstanden, die das Ordnungs- und Bürgeramt gezahlt habe. Es stehe nun heute die Entscheidung aus, ob die Ergebnisse der Umfrage entsprechend ausgewertet und daraus Maßnahmen für die Stadtteile entwickelt werden sollen. Die Umfrage zum Sicherheitsempfinden gebe es nur alle fünf Jahre. Um keinen zeitlichen Verzug zu haben, habe man den Fragebogen bereits vorab angepasst.

Der Vorsitzende schlägt vor, eine Auswertung für die gesamte Stadt durchzuführen und erst nach Vorlage der Ergebnisse die Pilotstadtteile auszuwählen. Dieses Vorgehen halte er für den richtigen und fundiertesten Weg.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er die erfolgte Kenntnisnahme von Punkt 2.3 fest und erklärt, die Punkte 2.4 sowie 2.4.1 seien mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt. Auch die CDU-Fraktion betrachte ihren Antrag als erledigt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
2. August 2018